

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Kerstin Andreae, Oliver Krischer, Katharina Dröge, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/7368 –**

Jahreswohlstandsbericht einführen

A. Problem

Vorlage eines Jahreswohlstandsberichts zeitgleich mit dem Jahreswirtschaftsbericht ab dem Jahr 2017, der neben ökonomischen auch ökologische, soziale und gesellschaftliche Entwicklungen anhand messbarer Kriterien darstellt.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/7368 abzulehnen.

Berlin, den 17. Februar 2016

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Dr. Peter Ramsauer
Vorsitzender

Bernd Westphal
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Bernd Westphal

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/7368** wurde in der 152. Sitzung des Deutschen Bundestages am 28. Januar 2016 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert die Vorlage eines Jahreswohlstandsberichts zeitgleich mit der Vorlage des Jahreswirtschaftsberichts ab dem Jahr 2017. Dieser solle vier Dimensionen beschreiben: eine ökologische, eine soziale, eine ökonomische und eine gesellschaftliche Dimension. Die Bundesregierung fixiere sich zu sehr auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Maß für den Wohlstand in Deutschland. Allerdings hätten alle Bundestagsfraktionen der 17. Wahlperiode in der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität“ in deren Abschlussbericht das Fazit gezogen: „Ausgehend von der Erkenntnis, dass Wohlstand mehr ist als „Materieller Wohlstand“ empfiehlt die Enquete-Kommission dem Deutschen Bundestag, ein neues Wohlstands- und Fortschrittsmaß zu etablieren.“

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 18/7368 in seiner 63. Sitzung am 17. Februar 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 18/7368 in seiner 76. Sitzung am 17. Februar 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 18/7368 in seiner 56. Sitzung am 17. Februar 2016 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 18/7368 in seiner 66. Sitzung am 17. Februar 2016 abschließend beraten.

Die antragstellende **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** knüpfte in ihren Erläuterungen an den Koalitionsvertrag an, in dem stehe, dass das Regierungshandeln stärker an den Werten und Zielen der Bürgerinnen und Bürger auszurichten sei. Hierzu solle ein Indikatoren- und Berichtssystem zur Lebensqualität in Deutschland entwickelt werden. Wachstum sei heute nicht mehr gleich Wohlstand. Der Kapitalbegriff müsse über rein wirtschaftliche Aspekte auch auf ökologische und soziale Komponenten ausgedehnt werden.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, dass Wachstum nicht Selbstzweck sei, sondern dass soziale und ökologische Aspekte eine große Rolle spielten. Es gehe um ein qualitatives Wachstum, um Nachhaltigkeit. Die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung greife eine Vielzahl der mit dem Antrag geforderten Indikatoren bereits auf.

Die **Fraktion der SPD** begrüßte eine Debatte zu den qualitativen Kriterien des Wachstums. Neben der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung existiere ein Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung, der auch messbare qualitative Kriterien der Lebensqualität und des Wohlstandes betrachte. Auch die Initiativen in der

Energiepolitik dienen der Nachhaltigkeit, so bei der Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Energieverbrauch. Die Berichterstattung über Wohlfahrt und Fortschritt, die im Übrigen auch durch andere Ministerien vorgenommen werde, könnte sicher verbessert werden, ohne eine neue Berichtsform zu schaffen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärte ihre Unterstützung für den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Über Ökobilanzen und Verteilungsfragen müsse geredet werden, so zum Beispiel, in welchen Bereichen Wachstum gewünscht sei.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/7368 zu empfehlen.

Berlin, den 17. Februar 2016

Bernd Westphal
Berichtersteller